



ZUR KRISE AUF DEN INTERNATIONALEN FINANZMÄRKTEN – Ursachen und Auswege

Ein Tagungsbericht von Gudrun Müller und Alwine Schreiber-Martens

Die 45. Mündener Gespräche vom 24. bis 25. Oktober 2009 in Fulda bei Kassel widmeten sich der „Krise auf den internationalen Finanzmärkten“. Vermutlich auf Grund der prominenten Besetzung der Referentenliste und des brisanten aktuellen Themas war die Zahl der Teilnehmenden mit 78 erfreulicherweise besonders hoch.

Die Tagung startete am Samstagmorgen mit dem Vortrag des Börsen- und Finanzfachmanns **Mr. Dax**, alias **Dirk Müller**: **„Finanzkrise: Auswirkungen und Prognosen – Wie geht es weiter mit der Weltwirtschaft?“**

Da er hier vor „Fachpublikum“ spreche, habe er sich entschlossen, seine eigene Sicht einer möglichen weiteren Entwicklung darzulegen. Er erkennt in den letzten zwei Jahren einige Anzeichen, dass ein „kontrollierter Reset des Systems“ angedacht werde: Aufgeben des US-Dollars als internationale Leitwährung, Übergang zu einer rohstoffgedeckten Weltwährung „BancOr“, Sanierung wichtiger US-Konzerne auf Kosten des Staates bzw. Steuerzahlers mit nachfolgender Entschuldung des US-Staates durch (teilweisen) Verzicht der Gläubiger auf ihre Forderungen: Insolvenz nach „Chapter 11“. Dies könnte verbunden sein mit „Lastenausgleichsgesetzen“ vergleichbar denen nach der westdeutschen Währungsreform. Durch Einzelmaßnahmen würden die Beteiligten allmählich „weichgekocht“.

So könnten sich die USA nach einem Währungsschnitt einen günstigen Neuanfang sichern. Auch die Trockenlegung von Steueroasen und das Unterbinden der Rohstoffspekulation sowie der Ausbau der inneren Sicherheit („Heimatschutz“) könnten Anzeichen für eine beabsichtigte Währungsreform sein. Dabei gibt es in den USA durchaus widersprüchliche Interessen, der Ausgang ist daher offen. Zu bedenken sei auch, dass China zwar ein neuer Riese werde,

aber trotzdem noch nicht ein den USA vergleichbares Gewicht habe. Allein schon die weltweit begrenzten Rohstoffe machten es unmöglich, dass China den gleichen Wachstumspfad wie die alten Industrieländern einschläge. Es sei aber deutlich, dass sich China bereits strategisch Rohstoffe sichere. Der Vortrag wurde durch eine lebendige Diskussion abgeschlossen.

Am Nachmittag eröffnete **Dr. Dirk Solte** (Forschungsinstitut für anwendungsorientierte Wissenschaftsverarbeitung in Ulm) das Programm mit der Frage: **„Weltfinanzsystem am Limit – gelingt der Weg in eine neue Balance?“**

Als Einstieg zeigte er einen kleinen Film, der eindrücklich und gekonnt einige Absurditäten unseres gegenwärtigen Lebensstils aufzeigte. „Wir“ gehören zu den 20% der Weltbevölkerung, die inzwischen „mehr“ benötigen, als unser Planet geben kann, wir leben also bereits auf Kredit unserer Kinder und Enkel. Dabei gilt der Hinweis: „Mit der Natur führt man keine Konsens-Gespräche.“ Die WTO sieht er in der Pflicht, ökosoziale Standards weltweit durchzusetzen. Mit einem Spiel zeigte er den Beitrag unseres Geldsystems zur derzeitigen Finanzkrise: die verwirrende Undurchschaubarkeit. Als Teil eines Reformkonzepts sieht er die von ihm vorgeschlagene „Mehrgeldsteuer“ auf Finanzprodukte. Leider wurden aus seinem Vortrag wenig konkrete Schritte deutlich, die eine Änderung unseres Wirtschaftens

bewirken und so zum Ausgleich zwischen den reichen Industrienationen und dem Rest der Welt beitragen könnten.

Nachfolgend stellte **Prof. Dr. Joseph Huber** (Uni Halle) sein Konzept von „*Vollgeld und Monetative als Kernkomponenten einer stabilen Finanzordnung*“ vor. Er hält das jetzige Finanzsystem für zu kompliziert, intransparent und vor allem instabil wegen seiner prozyklisch überschießenden Kreditbereitstellung, illegitimer Geldschöpfungsgewinne und mangelhafter Kontrolle der „Geld“-Menge durch die Zentralbank. Ausschließlich eine unabhängige staatliche Stelle, die Monetative (als 4. Gewalt), würde die Zahlungsmittel schöpfen. Sie würden durch Ausgabe an den Staat, der dadurch Nutznießer der Seignorage wird, ohne Zins und Tilgung in Umlauf gebracht. Vollgültiges gesetzliches Zahlungsmittel würde außer dem Bargeld auch das Girogeld. Die Girokonten der Bankkunden würden aus der Bankbilanz ausgeglichen. Das Geldsystem würde so sicher und stabil. Die Änderung wäre innerhalb eines Währungsraums machbar und ist technisch leicht anschließbar an andere Währungsräume. Der Geldfluss würde sich dadurch verstetigen und Inflation überflüssig machen.

Den Abschluss des Tages bildete der Vortrag von **Eckhard Behrens** (Seminar für freiheitliche Ordnung):

„*Mit Geldumlaufpolitik und Negativzinsen aus der Liquiditätsfalle*“. Sein Vorschlag: Geldreform oder ersatzweise eine dosierte Inflationserwartung. Gegenwärtig erleben wir hingegen als Versuch der Krisenbewältigung nur wachsende Staatsverschuldung und zunehmende Geldausgabe durch die Notenbanken. Die freiwirtschaftliche Sicht ist: „Der Geldstrom trägt den Güterstrom.“ Dabei wird aber die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes als keineswegs stabil angesehen. Die erwarteten Inflationsraten sind das, was den Geldumlauf beeinflusst. In den letzten Jahren übte zum einen die zunehmende Kapitalfülle Druck auf den langfristigen Kapitalzinssatz aus und zum zweiten verweilte viel Kapital im kurzfristigen Bereich. Um das auszugleichen, braucht es Gewinnanreiz und Verlustdrohung.

Als Verlustdrohung kann auch die Umlaufsicherungsgebühr angesehen werden. Grundsätzlich fließt bei Exportüberschüssen (Europa, Asien) viel Kapital in das Importland (USA), wird aber dort eher kurzfristig angelegt, auch wegen des Wechselkursrisikos. In den USA bildete sich zunächst eine Blase durch das Ansteigen der Bodenpreise. Auf dem Bodenmarkt können aber die Preise keinen Ausgleich schaffen, da das Angebot nicht ausgeweitet werden kann. Durch Bündelung und Weiterverkauf von Hypothekenschulden, was die Käufer mit kurzfristigen „revolvierenden“ Krediten finanzierten, wurde die Finanzblase gefüttert. So lange die Zinsstrukturkurve „steil“ war, also niedrige Zinssätze im kurzfristigen und höhere im langfristigen Bereich, ging das gut.

Die US-Notenbank hat dann durch Anhebung ihrer Leitzinssätze in diese Finanzblase „gestochen“ und den Hang zu kurzfristigen Finanzanlagen verstärkt. Aus den Erfahrungen in Japan haben die Zentralbanken gelernt, 2% Inflation als „Sicherheitsabstand“ zur Deflation zu suchen. Der EZB ist dies bis 2008 recht gut gelungen. Nach einer Spitze von 4% im Juni 2008 folgte dann aber ein Fallen unter Null, also bereits in die Deflation. Konstante Inflationsraten könnten von der Zentralbank gemacht werden, und sie seien „tragbar“, denn für Löhne, Renten und Schuldverträge könnten Indexklauseln vereinbart werden. Das „bessere“ Mittel für stabilen Geldumlauf, die „Geldreform“, also ein Wertverlust der „Geldzeichen“, nicht der Währung, benötige aber gesetzliche Änderungen, die nicht so schnell in Sicht seien. In der lebhaften Diskussion wurde auch erneut die Dringlichkeit der Anregung von Dirk Müller aufgegriffen, gerade jetzt auf die „beste Lösung“ für stabilen Geldumlauf hinzuweisen.

Die Zeitumstellung in der Nacht ermöglichte die ausgiebige Fortsetzung der lebhaften Gespräche in angenehmer Atmosphäre in der Cafeteria der Reinhardswaldschule!

Am nächsten Morgen ging es pünktlich weiter mit dem Vortrag von **Thomas Betz**:

„*Neuordnung der Weltwirtschaft mit Hilfe von Keynes' Bancor-Plan*“. Übrigens hat Thomas Betz vor genau 10 Jahren bei den 26. Mündener Gesprächen bereits zu diesem Vorschlag von Keynes referiert! Allerdings sind heute die Verhältnisse anders als 1944 in Bretton Woods: die USA und China sind beide „untypisch“. Die Wirtschaft des Schuldners ist wesentlich weiter entwickelt als die des Gläubigers, der Schuldner ist in eigener Währung verschuldet, der Gläubiger importiert Technologie. Im Rest der Welt sind die Industrieländer die Gläubiger, die Entwicklungsländer dagegen die Schuldner. Insbesondere verschuldete Staaten waren in den letzten Jahrzehnten oft einem plötzlichen, massiven Kapitalabzug ausgesetzt. Inzwischen werden weltweit Möglichkeiten gefordert, um dies zu verhindern: Festlegung der Wechselkurse innerhalb von Zielzonen, Einführung von Kapitalverkehrskontrollen zum Schutz der Nationalstaaten gegen kurzfristige Schwankungen, Tobin-Steuer (1% Steuer auf alle Devisentransaktionen). Diese Steuer führt zu einer Dämpfung spekulativer Vorgänge und stärkt das Gewicht realer Veränderungen. Darüber hinaus gibt es Vorschläge für ein internationales Insolvenzrecht mit einer unabhängigen Schiedskommission.

Dies alles ist gut, aber nicht ausreichend. Mit fortschreitender Entwicklung kommt es zur „Unterkonsumtion“, die sich selbst verstärkt. In diesem Zusammenhang prägte Keynes den Begriff der Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals. Ihr Sinken führt zur Umverteilung und zum Ansteigen der Einkommen aus Vermögensbeständen über andere Einkommen >

hinaus. Auf den internationalen Finanzmärkten verstärkt sich die Suche nach lohnender „Investition“. Für eine wirksame Eindämmung des Wachstums der Geldvermögen in den Industrieländern ist global ein Sinken der Zinssätze gegen Null notwendig. Genau dazu hat Keynes vor 65 Jahren einen Plan vorgelegt. Erst 1989 erschien er auf deutsch (http://www.postwachstumsoekonomie.de/Keynes-Bancor_Version2.pdf). Keynes schlägt eine internationale Union zum Ausgleich von Zahlungsflüssen (ICU) vor. Sie beruht auf „virtuellem“ Bankgeld, das nicht als nationales Zahlungsmittel umläuft.

Für jede nationale Währung wird ein zunächst fester Wechselkurs gegen diesen „Bancor“ („Banken-Gold“) festgelegt.

Jedes Land unterhält ein Konto bei der ICU, und jedes Land ist in seiner internen Fiskal- und Geldpolitik unabhängig. Von vornherein wird eine „Quote“ festgelegt, eine maximale Abweichung der Handelsbilanz vom ausgeglichenen Zustand, also ein Maß der internationalen Verschuldung bzw. des Guthabenstandes eines Landes. Wenn die Quote zu einem bestimmten Teil – egal ob als Schuldner oder als Gläubiger – erreicht wird, so ist das betreffende Land verpflichtet, entsprechend der Abweichung eine Zahlung an den Reservefonds der ICU zu leisten.

So entsteht auf allen Seiten ein Interesse an ausgeglichenen Zahlungsbilanzen. Möglich sind auch Änderungen von Wechselkursen sowie Verhandlungen über interne Maßnahmen zur Stärkung der Binnennachfrage, um so Handelsbilanzüberschüsse abzubauen. Auf diese Weise ist ein Sanktionsmechanismus gegen lang anhaltende Handelsbilanzungleichgewichte eingerichtet. Die Verantwortung dafür ist verteilt auf Gläubiger und Schuldner. Extreme Positionen, wie sie sich gegenwärtig aufgebaut haben, wären damit unmöglich gewesen. Weiterhin war eine internationale Körperschaft für Rohstoffe vorgesehen.

Die ICU könnte man als Tauschring der Staaten ansehen, als eine Bank, die immer zahlungsfähig ist, die nie zusammenbrechen kann und immer über das richtige Maß an Liquidität verfügt. Interessanter Weise wurde in der letzten Zeit von verschiedenen Regierungen, z.B. Russland, China (FAZ 28.03.2009), auf Keynes Bancor-Plan hingewiesen. Als

neutrales Bindeglied vereint er die Einzelstaaten in einer ausgleichenden gerechten Ordnung.

In der abschließenden Podiumsdiskussion mit den noch anwesenden Referenten Thomas Betz, Prof. Huber, Jobst v. Heynitz in Vertretung von Eckhard Behrens sowie Jörg Gude als Moderator wurde erneut vieles hervorgehoben, was auch bereits zu Beginn der Tagung am Freitag Abend im kleineren Kreis angesprochen worden war: Dirk Müller, der Repräsentant der „großen weiten Finanzwelt“, hatte da angeregt, Lösungsbeiträge der „Freiwirtschaft“ kurz und knapp verpackt vorzulegen. Im Moment sei die Zeit dafür günstig.

Thomas Betz und Joseph Huber wiesen darauf hin, dass das Vollgeldsystem das Erreichen gewollter Inflationsraten erleichtere. Neben gewissen Einkommensverlusten der Banken gebe es in erster Linie ideologische Barrieren gegen Vollgeld, staatliches Geld werde nämlich oft nicht von verstaatlichten Banken unterschieden. Jobst v. Heynitz betonte, dass die Stabilisierung der Geldumlaufgeschwindigkeit die Einkommen stetig zu Nachfrage werden lasse und so für Dauerkonjunktur Sorge. Fritz Andres nannte die Wichtigkeit einer neuen Bodenrechtsordnung, die vielleicht eher „aus der Luft“ kommen werde. Damit meinte er die Weiterentwicklung des Kyoto-Protokolls: Versteigerung aller Emissionsrechte und direkte Rückverteilung der Einnahmen. Herr Wulsten erinnerte an die Problematik des Wachstums und seiner Grenzen und fragte danach, inwiefern wir eigentlich noch einen funktionierenden Staat haben.

Und zu guter Letzt erging herzlicher Dank an Werner Onken, der die Tagung – wie immer – sehr gut vorbereitet hatte und für die anregende, offene Gesprächsatmosphäre sorgte. Er kündigte auch gleich die kommende Tagung am 19.–21. März 2010 zum Rahmenthema Wachstum an, ein grundlegend wichtiges Thema, das immer stärker ins Bewusstsein der Öffentlichkeit rückt.

Die 47. Mündener Gespräche finden am 30. und 31. Oktober 2010 statt und beschäftigen sich mit **„Mittelschichten zwischen Großkapital und Prekariat“** ■

